

WR 4. 8. 1990

KULTURTEIL

Hohe Zuwachsraten bei der Drittmittelforschung

Uni Dortmund: Mehr Kontakte zur Region

Kulturbund der DDR klagt über leere Kassen

Berlin. (dpa) Die Kassen des Kulturbundes der DDR sind leer. „Wir wissen nicht, wie wir im August die Gehälter bezahlen sollen“, sagte die erst im Frühjahr gewählte Präsidentin dieser mitgliederstärksten kulturellen Vereinigung in der DDR, Marianne Piehl, gestern. Nach der Währungsunion sei die von der Regierung zugesagte Unterstützung zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit ausgeblieben. Den schrittweisen Übergang hatten die Delegierten der 250 000 Mitglieder noch vor der Währungsunion in Potsdam beschlossen. Jetzt seien eindeutige Aussagen und schnelle Entscheidungen über die finanziellen Zuweisungen für das zweite Halbjahr 1990 notwendig.

Damit die Organisation ihre gemeinnützige Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz, in der Denkmalpflege, in der Heimatgeschichte und in über 40 weiteren Interessensgruppen bis zum Wirksamwerden der Länderregierungen fortsetzen kann, seien für das zweite Halbjahr 1990 mindestens zehn Millionen Mark notwendig. In einem „überschaubaren Zeitraum“ solle der Anteil von hauptamtlichen Kräften im Kulturbund auf ein Zehntel reduziert werden, so die Präsidentin.

Fortsetzung von Seite 1

Dortmund. (FB/ws) Die Hochschulen begrüßen die Notprogramme von Bund und Ländern, allerdings seien diese Hilfen „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“. Der Rektor der Universität Dortmund, Prof. Detlef Müller-Böling, erläuterte gegenüber der WR, durch das erste Sonderprogramm sei die Überlast im Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WiSo) trotz zwölf zusätzlicher Stellen lediglich von 128 auf 124 Prozent gesunken. Auch räumlich gebe es weiter Engpässe, selbst wenn für Dortmund ein neues Hörsaalgebäude zugesagt sei. So werde die Universität Dortmund Vorlesungen künftig auch morgens um 7 Uhr oder bis abends 22 Uhr anbieten, und auch die Mensa werde für Lehrveranstaltungen genutzt. Das reiche aber alles nicht aus. Müller-Böling: „Ich kann die Verantwortung nicht dafür tragen, daß 800 Leute im Hörsaal für 500 Personen sitzen. Das muß derjenige tun, der die politische Verantwortung dafür trägt.“

Trotz aller Engpässe arbeitet die Universität Dortmund weiter mit wachsendem Erfolg. Aus Daten des Düsseldorfer Wissenschaftsministeriums geht hervor, daß die Dortmunder Hochschule die Summe der jährlich eingeworbenen Drittmittel für die Forschung von 1985 bis 1989 um 65 Prozent von 29,6 auf 49,6 Millionen DM steigern konnte. Müller-Böling: „Es gibt bereits sehr gute Kontakte zur IHK, zur Handwerkskammer und den Gewerkschaften. Doch wir haben derzeit noch ein Defizit an Arbeitskontakten zwischen den Lehrstühlen und den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen im Umfeld der Hochschule. Das ist ausbaufähig mit gemeinsamen

Projekten, gemeinsamen Initiativen in der Ausbildung.“

Uni-Kanzler Klaus Anderbrügge ergänzte: „Für einen Standort wie Dortmund stelle ich mir eine weitere Anhebung der Anteile privater Drittmittel vor. Da gibt es, auch wenn man das mit dem Ausland vergleicht, Steigerungsmöglichkeiten.“

Denkbar sei auch eine Ausdehnung der Zusammenarbeit mit mittleren Betrieben, vielleicht auch im Sauerland. Dies erfordere allerdings einen „Lernprozeß auf beiden Seiten“.

Die öffentlichen Drittmittel sind nicht unerschöpflich, meinte Anderbrügge. Allerdings halte er „nur einen einzigen Sonderforschungsbereich, wie wir ihn haben“, im Vergleich mit einigen Nachbar-Hochschulen „für viel zu wenig“. Diese Vorhaben, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert, seien „Paradeferde der Drittmittel-Projekte“.

Anderbrügge schränkte ein, zwei Hindernisse stünden der Ausdehnung der Drittmittel-Projekte entgegen. „Nichts fehlt uns so sehr wie Raum. Wenn den Universitäten nicht bald multifunktionale Gebäude zur Verfügung gestellt werden, die jeweils für eine befristete Zeit zu vergeben wären, dann bluten wir an dieser wichtigen Stelle aus. Zweitens haben die Finanzminister entdeckt, daß Drittmittelforschung steuerpflichtig ist. Damit kann man umzugehen lernen, allerdings nicht ohne das dazu erforderliche Verwaltungspersonal. Doch Sorgen macht uns vor allem, daß die Finanzminister davon ausgehen, daß in der Vergangenheit schon Steuern hätten gezahlt werden müssen. Aber wir haben natürlich nicht eine Mark Rücklage.“